

Über die Art und Weise, wie die FARC in Zukunft in die Politik eintreten wird, gibt es viele Spekulationen. Über einen Vorschlag der Stiftung „Frieden und Versöhnung“ berichtet EL ESPECTADOR am 26.07.2016:

Die Formel, nach der die FARC Politik machen könnte

Wenn etwas während der fast vier Jahre andauernden Gespräche zwischen Regierung und FARC in Havanna klar geworden ist, dann dass es die natürliche Konsequenz des Friedensprozesses ist, dass nach Unterzeichnung der Schlussvereinbarung die Guerrilla zur Politik ohne Waffen überwechselt. Dies ist eine fundamentale Prämisse aus jedem Friedensprozess, die aber gleichwohl weiterhin die Bürger Kolumbiens polarisiert. Deswegen wägt man Vorschläge ab, wie die offenen Salden der FARC mit der Justiz ausgeglichen und Kriterien für die politische Wählbarkeit gefunden werden können. Laut der jüngsten Umfrage des Nationalen Befragungszentrums sind zwar 78% der Kolumbianer dafür, dass die FARC die Waffen niederlegt und sich politisch betätigt (nur 9,7% zögen es vor, die FARC behielte die Waffen und setzte den Krieg fort), trotzdem haben aber 74,3% der Befragten erklärt, nicht bereit zu sein, einem Guerrillachef ihre Stimme für einen Sitz im Senat zu geben.

Und obwohl noch keine klare Marschroute existiert, nach welchem Mechanismus der FARC der Weg in die Welt der Politik ermöglicht werden soll, haben einige Senatoren damit begonnen, Vorschläge zu präsentieren, um den Weg klarer darzustellen. Die Stiftung „Frieden und Versöhnung“ hat beispielsweise dem Verhandlungstisch in Havanna eine Initiative vorgelegt, die sie in Zusammenarbeit mit dem früheren Minister Fernando Cepeda und dem Senator Armando Benedetti erarbeitet hat, und die darin enthaltenen zwei brisanten Alternativen sind: Die in Havanna bei den Verhandlungen verbrachte Zeit als Absitzen ihrer Haftstrafen anzurechnen, oder die Figur eines „Kongress per Gefängnis“ zu schaffen.

Der Vorschlag, so erklärte Ariel Àvila, Forscher bei „Frieden und Versöhnung“, ergänzt den schon vor einigen Wochen vorgelegten, wonach man der FARC neun direkte Sitze im Senat zuweisen sollte, sowie 17 spezielle Wahlkreise für die Kammer, um die sich Mitglieder der politischen Bewegung der FARC, die sich nach den Verhandlungen formieren würde, bewerben sollten.

Dies ist ein Punkt, der in direkter Verbindung steht mit einem anderen Faktor: Das Gerüst für die künftige Übergangsjustiz ist komplex und sein Aufbau und seine Strukturierung werden beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen. „Mindestens während der ersten zwei Jahre wird es keine Urteile geben. Während man das Tribunal bildet, bis die Richter ihre Plätze einnehmen, während die Untersuchungen laufen und die Wahrheitskommission zu funktionieren beginnt, entsteht eine tote Zeit. Geht es nach uns, so könnten Mitglieder der FARC vom Tag 180+1 an auf der politischen Bühne mitspielen, d.h. einen Tag nach Übergabe der letzten Waffe. Somit könnten, wenn erste Urteile gesprochen werden und die Angeklagten kooperativ waren und die Wahrheit sagten, Konstruktionen möglich werden, wonach einige weiter Politik machen dürfen, während sie ihre Strafen absitzen“, erläutert Àvila.

Eine dieser Konstruktionen, die im Vorschlag von „Frieden und Versöhnung“ enthalten sind, ist die des „Kongresses per Gefängnis“. Die Idee dazu stammt vom früheren Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes Luis Moreno Ocampo, der der Ansicht war, dass die Freiheitsstrafe nicht die einzige Option der Strafe sei, sondern dass es alternative Einschränkungen gebe. „Die Idee ist, dass die Guerrillachefs morgens im Kongress anwesend sind und nachts weiter in speziellen Zentren, z.B. der Schule der Ländlichen Polizei, unter Verschluss gesetzt werden“. Das war allerdings ein Vorschlag, der bei einigen Delegierten der FARC in Havanna nicht gut ankam, so bei Marco León Calarcá, der gegenüber dem Radiosender RCN erklärte, es sei unsinnig, am Tag als Abgeordneter zu wirken, aber nachts im Gefängnis zu schlafen, zumal man seitens der FARC klargestellt habe, man sei nicht bereit, auch nur einen einzigen Tag im Gefängnis zu verbringen.

Der andere Vorschlag richtet sich an diejenigen Guerrillachefs, die verurteilt werden für Verbrechen, die nicht amnestiert oder begnadigt werden können. Für solche Fälle schlägt man vor, die in Havanna bei den Verhandlungen verbrachte Zeit anzurechnen auf die Verbüßung der Haftstrafe. „Diese Logik der Zeitanrechnung findet sich in Punkt 2 von Artikel 78 des Vertrags von Rom, wo in Bezug auf durch das Gericht verhängte Freiheitsstrafen festgelegt ist, dass `das Gericht jedwede weitere Periode in Anrechnung bringen kann, die konstitutiv für das Delikt war`“, präzisiert das Dokument von „Frieden und Versöhnung“.

Sicher ist, dass angesichts der zeitlichen Nähe der Unterzeichnung des Schlussdokuments in Havanna es für einige Mitglieder des Kongresses bereits klar ist, welchen Weg man ebnen sollte, wie z.B. Mauricio Lizcano durchblicken ließ: „Dieser Kongress muss darauf vorbereitet sein, Mitglieder aus der FARC aufzunehmen, die die Waffen niedergelegt haben. Wir sind bereit. Einzelheiten des Wie, Wann und Wo müssen die Unterhändler in Havanna festlegen, wir aber sind vorbereitet“, schlussfolgerte er.